

Fraktionsantrag

Datum	Abteilung/ Dienst	Aktenzeichen
03.03.2023	Zentraler Service/ 11.4 Kreisgremien, Partnerschaften und europäische Beziehungen	11.4

Gremium	Sitzungsdatum	Beratungsaktion
Kreistag	27.03.2023	Beschluss
Kreistag	15.05.2023	Beschluss

Die Mittel stehen im Budget haushaltsrechtlich zur Verfügung

- PSP / CO

Anlage(n):

1. Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

Betreff:

Unterbringung von Flüchtlingen
Antrag der CDU-Fraktion vom 03.03.2023

1 INHALT DES ANTRAGES

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, umgehend ein Konzept für die Unterbringung von Flüchtlingen im Lahn-Dill-Kreis in kreiseigenen Einrichtungen, welches auch die Bedürfnisse der Geflüchteten und der Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigt, zu erstellen und mit den politischen Gremien zu diskutieren.

Der Kreisausschuss wird ergänzend aufgefordert dazustellen, wie er durch eigene feste oder teilmobile Baulichkeiten (Container) die Inanspruchnahme von den dem weiteren Gemeinwohl dienenden Einrichtungen (Turnhallen/Bürgerhäuser etc.), die Unterbringungslast der Gemeinden, über die Kreisumlage refinanziert, wesentlich übernehmen kann.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert darzustellen, welche Maßnahmen er ergriffen hat, die aufgrund der aktiven Zuwanderungspolitik der Bundesregierung künftig weiter erwartbaren steigenden Flüchtlingsaufkommen menschenwürdig unterzubringen.

Der Kreisausschuss wird gebeten darzustellen, wie die Zeiträume der Sachbearbeitung der Kreisausländerbehörde für die Anträge, Erlaubnisse, insbesondere Arbeitserlaubnisse, Anerkennungen etc. so verkürzt werden können, dass ein Großteil der geflüchteten Menschen, also die anerkannten Asylbewerber, schnellstmöglich in den Erwerbsprozess integriert werden.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert zu berichten, wie sich zurzeit die Flächen und Raumbewinnungsinitiativen darstellen.

Gleichzeitig wird der Kreisausschuss aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten sämtlich notwendigen Schritte zu unternehmen, um Nicht-Anerkannte Asylbewerber in ihr Heimatland zurückzuführen.

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Sorgen und Nöte der Bürgermeisterinnen/Bürgermeister im Lahn-Dill-Kreis gegenüber der Bundesregierung zu unterstützen und eine unregulierte Zuwanderung, wie von der Bundesinnenministerin bevorzugt, abzulehnen.